

Wir sehen nach wie vor die Remstal Gartenschau und die dafür unternommenen Anstrengungen als Tüpfelchen auf dem i für die mit der Umgestaltung der Stuttgarter Straße und der Innenstadt begonnene Stadtverschönerung und hoffen, dass diese gesamten Maßnahmen mittelfristig auch wieder zu einer Belebung unserer Innenstadt führen werden.

Bereits in unserer Stellungnahme zum Haushalt 2017 haben wir die Einrichtung eines, möglicherweise auch nur temporären Biergartens, auf dem Schillerplatz angeregt.

Im diesem Zusammenhang stellen wir unter Hinweis auf unsere Haushaltsrede 2017 nochmals den

Antrag (2)

geeignete Standorte für All-Wetter-Fitnessgeräte für Erwachsene zu prüfen. Bei unserer Spielplatz-Besichtigungsfahrt im vergangenen Herbst konnten wir feststellen, dass dies in anderen, teilweise kleineren Kommunen als Lorch, bereits umgesetzt ist. Bei der derzeitigen demografischen Entwicklung wird dies von uns als wichtig für die Gesundheitsförderung angesehen. Dieser Punkt wurde bislang immer noch nicht wie beantragt im ASU behandelt.

Ebenso möchten wir unseren

Antrag (3)

zur Einrichtung eines öffentlichen WLAN-Netzes im Bereich Schillerplatz und Innenstadt bis zur Eröffnung der Remstalgartenschau erneuern. Zwar sind bereits seit dem Haushalt 2018 50.000 € hierfür eingestellt, uns liegen dafür aber bis heute keine Umsetzungsplanungen vor. Wir gehen davon aus, dass dies spätestens bei der Sitzung des Gemeinderates am 14.03.2019 erfolgen wird.

Aber auch wenn die bevorstehende Gartenschau augenblicklich in unser aller Fokus ist, so wollen wir nicht die weiteren wichtigen Vorhaben und drängenden Projekte vergessen, vor allem im Bereich unserer bestehenden Gebäude.

Wie bereits in früheren Haushaltsreden ausgeführt, sehen wir auch Investitionen in städtische Hochbauten als dringend notwendig an. Sehr erfreulich war es deshalb für uns, dass nach der von unserer Fraktion

beantragten Besichtigung des Bauhofes bereits im Haushalt 2018 Mittel für den Bau der dringend benötigten neuen Kalthalle eingestellt waren. Zu einer Umsetzung des Vorhabens kam es jedoch im vergangenen Jahr nicht mehr. Wir werden in diesem Jahr besonders darauf achten, dass die Aussage im Haushaltsplan 2019 dass ein Baubeginn in 2019 möglich ist, eingehalten wird. Nur so kann die auf unseren Antrag hin aufgestellte Prioritätenliste für die Planung weiterer Bau- und Sanierungsmaßnahmen auch in einem vernünftigen Zeitrahmen eingehalten werden.

Leider ist auch für die dringend notwendige Realisierung eines behindertengerechten Zugangs zum großen Saal im Dorfhaus Waldhausen bislang immer noch nur eine Planungs- und Finanzierungsrate vorgesehen. Diese hat sich zwar mit der Vorlage dieses Haushaltes verdoppelt, eine zeitnahe Umsetzung lässt dieser Umstand aber wieder nicht erhoffen. Die Klagen der nutzenden Vereine werden immer lauter, denn durch die demografische Entwicklung wird die Zahl der Mitglieder, die auf Gehhilfen oder gar den Rollstuhl angewiesen sind immer größer. Die von Ihnen, Herr Bühler, in diesem Zusammenhang zitierte Aussage des Vorsitzenden des Ortsverbandes der Vereine, der Zugang werde nicht dringend benötigt, bezog sich lediglich auf einen Verein, der in der Hauptsache aus jüngeren Mitgliedern besteht und dessen Vorsitzender er ebenfalls ist. Wir stellen deshalb den

Antrag (4),

dass dieses Thema auf der ASU-Sitzung im Frühjahr 2019 erneut behandelt wird, auch im Hinblick auf die Nutzung möglicher Haushaltsreste.

Erfreulich ist es hingegen für uns, dass unser Antrag im Hinblick auf Prüfung des Einsatzes von Mobilraumsystemen zur Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen aufgegriffen und umgesetzt wird. In Waldhausen entsteht nun ein weiterer Kindergarten, der dazu beiträgt, die notwendigen Kinderbetreuungsplätze schnell zur Verfügung zu stellen. Damit wir in Zukunft nicht wieder unvorbereitet von einem zunehmenden Bedarf getroffen werden, stellen wir hiermit den

Antrag (5),

dass der Gemeinderat bei jeder Sitzung des SKS, die turnusmäßig je ein Mal pro Halbjahr stattfindet, über die aktuelle Entwicklung im Zusammenhang mit der Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen unterrichtet wird.

Im Zusammenhang mit der Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen in der Gesamtstadt haben wir ja bereits im vergangenen Jahr die Beschaffung eines EDV-Programmes für diesen Zweck beschlossen. Auf unsere Nachfragen, wann diesen Programm einsatzfähig ist, erhielten wir bis jetzt lediglich ausweichende Antworten. Wir stellen deshalb den

Antrag (6),

dass die Stadtverwaltung dafür Sorge trägt, dass das von diesem Gremium genehmigte EDV-Programm zur Unterstützung bei der Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen noch im ersten Halbjahr 2019 in den Wirkbetrieb geht.

Was uns im Zusammenhang mit der Schaffung von weiteren Kinderbetreuungsplätzen außerdem dringend interessiert ist der Fortgang des Umbaus und der Sanierung des Katholischen Kindergartens St. Konrad. Aus unserer Sicht müssten dort schon die ersten Maßnahmen sichtbar sein, nachdem die Kinder schon längst im Behelfskindergarten im Friedrich-Schweigardt-Weg untergebracht sind, das ist aber nicht der Fall. Wir bitten hier um zeitnahe Informationen.

Wie heißt es so treffend, „Jedem Menschen recht getan ist eine Kunst die niemand kann“. Im Zusammenhang mit der Schaffung einer dritten Kindergartengruppe in Weitmars wurde gleichzeitig das Platzangebot für die Weitmarsener Vereine in der Dorfgemeinschaftseinrichtung eingeschränkt. Wie wir aus Gesprächen mit den Betroffenen wissen, fehlt es in erster Linie an Lagermöglichkeiten. Diesen Fall hatten wir ja erst vor kurzem auch in Waldhausen, nach dem Abriss des alten Feuerwehrgerätehauses. Dort wurden Ausgleichsmöglichkeiten geschaffen, im Zuge der Gleichbehandlung der Vereine in der Gesamtstadt sollte dies auch in Weitmars in Angriff genommen werden, zumal hier bereits Vorschläge und Pläne vorhanden sind und bereits Gespräche mit der Verwaltung stattgefunden haben.

Wie uns durch einen Brand vor kurzem erst wieder deutlich vor Augen geführt wurde, gibt es in unserer Stadt keine städtische Liegenschaft, in

welcher von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen untergebracht werden können. Darüber hinaus lassen auch die Flüchtlingsunterkünfte im Steindobel mehr als nur zu wünschen übrig. Deshalb begrüßen wir es ausdrücklich, dass im vorliegenden Haushalt wiederum Gelder für die Schaffung von Wohnraum für die oben genannten Zielgruppen eingestellt sind. Nach den derzeitigen Planungen sollten wir 2020 an die Ausschreibung der Maßnahme gehen können.

Ein anderes Thema, das uns hier in Lorch seit Jahren unter den Nägeln brennt, ist der dringend erforderliche Breitbandausbau. Dieser ist nach wie vor ein beinahe unendliches Thema, welches sich in den vergangenen Jahren durch viele Beratungen des Gemeinderates zog und Gegenstand mehrerer Anträge, auch von unserer Fraktion war. Mühsam und zermürend waren bisher für alle Beteiligten die Verhandlungen mit den Netzbetreibern. Mit dem Beitritt zu Komm.Pakt.Net sollte durch die interkommunale Zusammenarbeit endlich Bewegung in die Sache kommen. Erfreulich ist, dass im Haushalt 2019 805.000 € für den Breitbandausbau unter anderem in Oberkirneck vorgesehen sind. Unseren Informationen zu Folge sind jedoch inzwischen verschiedene Haushalte dort bereits durch den Netzbetreiber Deutsche Telekom mit der Vectoring-Technik an das schnelle Internet angebunden, weshalb sich uns die Frage stellt, wie viele Kunden wir dann noch für den Netzbetreiber, der das Glasfaserkabel bedienen wird, übrig haben. Denn für einen normalen Privathaushalt sind die von der Telekom über die Vectoring-Technik zur Verfügung gestellten Datenraten ausreichend. Wir stellen deshalb den

Antrag (7),

zu überprüfen, welche Ortsteile bisher bei den Ausbauplänen gar nicht berücksichtigt wurden und wie die Anbindung unserer Gewerbegebiete derzeit aussieht, denn für diese sind die hohen Übertagungsraten, die durch die direkte Anbindung an das Glasfaserkabel erreicht werden können auch tatsächlich notwendig.

Nun komme ich zu einem Thema, das in Lorch sehr kontrovers diskutiert wird und bei dem einige Zuhörer auch gespannt sein dürften auf die Stellungnahme der Fraktionen zu diesem Thema, zum Kreisverkehr Stuttgarter Straße/Wilhelmstrasse. Die Fraktion der Freien Wähler Lorch

steht nach wie vor zu dem im vergangenen Jahr gefassten Beschluss, den Bau des Kreisverkehrs auf Grund der bei der Ausschreibung eingegangenen Angebote in Höhe von über 3 Millionen Euro zu verschieben. Wohlgermerkt nicht zu streichen, sondern lediglich zu verschieben. Schon in der Haushaltsrede 2018 haben wir von einem Nadelöhr gesprochen, bei dessen Beseitigung wir uns einen besseren Verkehrsfluss an der Kreuzung versprechen. Die Unfallzahlen an dieser Kreuzung liegen laut amtlicher Unfallstatistik des Polizeipräsidiums Aalen nämlich seit 15 Jahren nicht in einem Bereich, der es rechtfertigen würde, diese Kreuzung als Unfallschwerpunkt einzustufen. Ein besserer Verkehrsfluss an dieser Stelle bringt unserer Ansicht nach aber ein Plus für die Umwelt und damit für den Klimaschutz, weshalb wir auch weiterhin zu unserem Baubeschluss stehen, allerdings mit den notwendigen Maßnahmen zum Hochwasserschutz und den notwendigen Kanalarbeiten im Untergrund, welche im Übrigen bei jeder Straßenbaumaßnahme nicht nur in Lorch Standard sind. Wie wichtig der Hochwasserschutz ist wurde uns allen am 11.6.2018 deutlich vor Augen geführt.

Die Forderungen der BI nach einem Baubeginn noch im Jahr 2019 ohne Rücksichtnahme auf die Remstalgartenschau und auf den nur mit hohen Kosten zu deckenden Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen kann von unserer Fraktion nicht mitgetragen werden, wohl aber die Planungen im vorliegenden Haushaltsplan. Die dort eingestellten Beträge sind zusammen mit einem zur Verfügung stehenden Haushaltsrest aus 2018 aus unserer Sicht ausreichend, um die Maßnahme zügig nach dem Ende der Remstalgartenschau anzugehen. Da laut Pressemitteilung unser Finanzministerium auf 90 Millionen Euro an Zuschussgeldern sitzt, die in den letzten Jahren von den Kommunen aufgrund der Hochkonjunktur im Baugewerbe nicht abgerufen wurden, gehen wir auch davon aus, das die Fördermittel vom Land wieder zur Verfügung stehen werden, gleiches gilt für den Landkreis. Alle Fraktionen haben versucht mit der BI Kreisel einen sachlichen Dialog zu führen, leider ist es uns bis heute nicht gelungen, diesen Dialog mit einem gemeinsam getragenen Ergebnis abzuschließen. Dass dieses Gremium dazu sehr wohl in der Lage ist haben wir bei der Zusammenarbeit mit der BI 297 und der BI Schillerplatz erst diese Woche wieder unter Beweis gestellt. Allerdings ist es dazu aus unserer Sicht erforderlich, dass von beiden Seiten mit Fakten argumentiert wird, die einer Nachprüfung auch standhalten. Wir gehen ebenfalls davon aus, dass im Jahr 2019 mit der Überprüfung der bisherigen Planungen begonnen wird.

Nicht nur in der letzten Haushaltsrede, sondern schon öfters haben wir auf den Umstand hingewiesen, dass Lorch zwar viel zu bieten hat, eine lebendige Stadt mit einer Vielzahl von Veranstaltungen ist, dass wir darauf aber viel zu wenig hinweisen. Wir möchten an dieser Stelle nochmals unseren

Antrag (8)

aus 2018 wiederholen, dass nicht nur, aber in diesem Jahr eben vor allem im Hinblick auf die Remstalgartenschau ein besonderes Augenmerk auf die Beschilderung innerörtlicher Ziele und Hinweistafeln auf unsere innerörtlichen Veranstaltungen gerichtet wird. Dies muss dann als Muster für die anderen Zufahrten zur Stadt genommen werden. Die derzeitigen Verhältnisse, vor allem was die Beschilderung im Hinblick auf unsere Einkaufsziele betrifft, sind aus unserer Sicht nicht nur suboptimal, sondern schlichtweg nicht mehr tragbar. Wie man es besser machen kann, kann man in der Remsstraße in Schwäbisch Gmünd besichtigen. Dort wurden mit wenig Aufwand flexibel nutzbare Informationstafeln erstellt, so dass Vereine beim Hinweis auf Veranstaltungen kein Gerüst aufstellen müssen. Da die Zeit bis zur Remstalgartenschau knapp ist wird sich das nicht ohne die Hinzuziehung einer Werbeagentur umsetzen lassen. Wir erwarten hier bis zur Sitzung am 14.3. erste Ergebnisse und Vorschläge.

Darüber hinaus stellen wir weitergehend den

Antrag (9)

im Haushaltsplan 2020 Mittel vorzusehen für die Erstellung eines generellen Werbekonzeptes für Lorch durch eine Werbeagentur. Da unsere bisherigen Vorschläge zu diesem Thema nicht aufgegriffen wurden, sehen wir keine andere Möglichkeit, als dies in die Hände von Profis zu legen.

Bereits in unseren Haushaltsrede 2017 und 2018 war von einem Thema verstärkt die Rede, nämlich von der Situation beim P+R Parkplatz am Bahnhof. Es war ein Wunsch unserer Fraktion, dass noch vor einem Ausbau der P+R-Plätze am Bahnhof Maßnahmen in vom ruhenden „Ausweich“-Verkehr besonders betroffenen Straßen ergriffen werden. So konnten in der Hohenstaufenstraße nach Beiziehung der Verkehrsschau des Landkreises regulierende Maßnahmen ergriffen werden, die dort laut

Anwohnern zu einer Entschärfung der Situation geführt haben, was bis heute angehalten hat. Aus diesem Grund können wir auch die im Haushaltsplan vorgesehene weitere Beobachtung der Situation in diesem Jahr mittragen, zumal Gelder für kurzfristige Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Erfreulich entspannt hat sich aus unserer Sicht ebenfalls die Situation in der 30 km/h-Zone in der Innenstadt. Nach Aufbringen der Markierungen an den relevanten Kreuzungen und Einmündungen ist die Vorfahrtsregelung an diesen Stellen deutlich besser dargestellt und für den Autofahrer zu erkennen.

Der Name einer 15-jährigen Schwedin ist derzeit nicht nur in ihrem Heimatland in aller Munde, sondern weltweit. Die von ihr ausgelöste Bewegung zum Klimaschutz hat nun auch bereits den Ostalbkreis erreicht, die ersten Schulstreiks fanden bereits in Aalen und Schwäbisch Gmünd statt. Wir denken, dass dies für die Zukunft ein immer wichtiger werdendes Thema sein wird, das gleichwohl sicher noch Jahre für kontroverse Diskussionen sorgt, so zum Beispiel in den USA, wo sich viele Bürgermeister, vor allem großer Städte, gegen ihren Präsidenten stellen, der das Land aus dem Klimaschutzabkommen geführt hat und damit den Klimaschutz dem Profit geopfert hat.

Gerade an diesem Beispiel lässt sich für uns aber auch ablesen, dass auch eine Kommune sich aktiv am Klimaschutz beteiligen kann. Anregungen zu Einzelaktionen, wie etwa Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge wurden von diesem Gremium schon öfter vorgebracht, aber bisher nicht umgesetzt. Andere Kommunen in Baden-Württemberg sind hier schon deutlich weiter, wie man zum Beispiel an der 15.000 Einwohner zählenden Stadt Brackenheim im Landkreis Heilbronn sehen kann. Es sind dort eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die angegangen wurden, wie etwa

- die Erstellung eines KlimaFairen Konzepts für Mehrwegverpackungen im Einzelhandel
- die Erstellung eines innerörtlichen Radverkehrskonzepts mit
 - Entschärfung der Kreuzungssituationen
 - Herstellung der Durchgängigkeit von Beschilderungen
 - Schaffung von Fahrradabstellmöglichkeiten insb. in der Innenstadt
 - Schaffung von E-Bike Lademöglichkeiten/Ladeinfrastruktur

In Sachen Mehrwegverpackungen geht die Stadt Tübingen, allen voran ihr Oberbürgermeister, sogar noch einen Schritt weiter, indem dort nämlich eine Steuer auf Einwegtrinkbecher und Einwegverpackungen erhoben werden soll, soweit die rechtlichen Vorgaben erfüllt werden können. Schaut man in die Papierkörbe in unserer Stadt, so könnte man auf den Gedanken kommen, dass dies auch bei uns geprüft werden sollte.

Ein weiterer Punkt ist die Umstellung der Strassenbeleuchtung auf LED, eine Maßnahme, die wir ja gerade auch umsetzen. In diesem Zusammenhang würden wir es sehr begrüßen, wenn wir über den Stand der Umstellungsmaßnahmen und den voraussichtlichen Zeitpunkt der Beendigung der Maßnahme zeitnah informiert würden. Auch die Digitalisierung der Vorgänge im Rathaus auf dem Weg zum papierlosen Büro könnte aus unserer Sicht einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Wie unschwer zu erkennen ist, handelt es sich bei diesen Maßnahmen um eine Vielzahl von kleineren Maßnahmen, die gebündelt werden müssen, was weder von diesem Gremium noch von der Stadtverwaltung zu leisten ist.

Deshalb stellen wir den

Antrag (10)

in Lorch einen Arbeitskreis Klimaschutz einzurichten, der sich dieses Themas annimmt und im Bedarfsfall von Experten unterstützt wird.

Im vergangenen Jahr hatten wir viele Monate unter großer Hitze und Niederschlagsmangel zu leiden. Dabei wurde einmal mehr deutlich, wie wichtig Wasser für uns und für die Natur ist. Nun haben wir ja auf unserer Markung mehrere eigene Quellen, die teilweise gefasst sind und teilweise auch nicht. Da an Trinkwasser hohe Ansprüche gestellt werden kann dieses Quellwasser ohne zusätzliche Aufbereitung nicht als Trinkwasser genutzt werden. In Zeiten langanhaltender Trockenheit könnte dieses Wasser aus unserer Sicht aber sehr wohl zur Bewässerung genutzt werden. Deswegen sollten von Seiten der Stadt alle Vorkehrungen getroffen werden, dass in einem solchen Fall das Quellwasser auch zur Verfügung steht.

Alljährlich ist für den einen oder anderen Bürger der wichtigste Punkt in unserem Haushaltsplan die Pro-Kopf-Verschuldung, obwohl diese

eigentlich, wie wir alle wissen, nicht das Indiz für die Solidität eines Haushaltes ist. Aber durch die Bezeichnung Pro-Kopf-Verschuldung ist eben dies ein Faktum, eine Zahl, die jeder Bürger auf sich selbst bezieht. Laut vorliegendem Haushaltsplanentwurf wird sich zum Ende des Jahres 2019 die **Pro-Kopf-Verschuldung** auf 594 € je Einwohner einpendeln, deutlich geringer also als im Haushalt 2018 prognostiziert.

Aus Sicht der Kommunalaufsicht und im Hinblick auf die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes viel gewichtiger ist aber die Tatsache, dass wir eine Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenhaushalt in Höhe von 795.000 € erwirtschaften konnten. Damit liegen wir um ca. 286.000 Euro höher als im Vorjahr und deutlich über der Mindestzuführungsrate von 210.000 €. Wir denken, dass wir im Vergleich zu anderen Kommunen im Umkreis damit auch weiterhin gut dastehen, was nicht zuletzt auch der sparsamen und umsichtigen Haushaltsführung der Stadt Lorch, auf die wir als Freie Wähler auch stets ein hohes Augenmerk hatten und haben, zu verdanken ist.

Die Fraktion der Freien Wähler stimmt der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2019 in der vorliegenden Fassung zu.

Wir danken Ihnen, Herr Bürgermeister Bühler und Herr Krieg, sowie allen Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit bei der Einbringung des Haushalts.

Darüber hinaus ist es unserer Fraktion ein Anliegen, auch allen Bürgerinnen und Bürgern zu danken, welche sich im Ehrenamt und darüber hinaus zum Gelingen des Miteinanders in unserer Stadt einbringen.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.